

Justiz, Gemeinde- und Kirchendirektion
Generalsekretariat
Postfach
Münstergasse 2
3000 Bern 8
info.jgk@jgk.be.ch



Bern, 21. November 2018

VERNEHMLASSUNGSANTWORT

Teilrevision des Organisationsgesetzes

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SP Kanton Bern bedankt sich für die Möglichkeit an der Vernehmlassung über die Teilrevision des Organisationsgesetzes teilnehmen zu können. Gerne nimmt die SP Kanton Bern im Folgenden Stellung.

Grundsätzlich unterstützt die SP Kanton Bern die Direktionsreform sowohl inhaltlich als auch formell wie sie in dieser Gesetzesänderung vorgesehen ist. Nach über 20 Jahren ist es sinnvoll, die geltende Aufgabenverteilung unter den sieben Direktionen zu überprüfen und Anpassungen am Organisationsgesetz, welches 1995 in Kraft gesetzt wurde, vorzunehmen. Es ist auch nachvollziehbar, dass dem Regierungsrat für die Organisation der sieben Direktionen mehr Kompetenzen eingeräumt werden. Damit stimmen Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung für die Leitung und Organisation der Verwaltung, welche nach Art. 87 der Kantonsverfassung dem Regierungsrat übertragen ist, besser überein. Der Regierungsrat kann von seiner Sachnähe her die Details der sinnvollen Aufgabenverteilung unter den Direktionen besser beurteilen, als das Parlament. Zudem kann er rasch aufgrund veränderter Bedürfnisse und Anforderungen nötige Anpassungen an der Organisation vornehmen, ohne ein Gesetzgebungsprozess anstossen zu müssen.

Die SP Kanton Bern unterstützt deshalb den Vorschlag der Regierung, ihre Zuständigkeit für die Organisation der Verwaltung zu erhöhen. In allen anderen Kantonen und im Bund ist die Aufgabenverteilung der Direktionen durch Verordnungen geregelt. Momentan hat der Kanton Bern diese Aufgaben in einem Gesetz festgelegt, das jede Änderung schwierig macht, eine Dynamik verhindert und sich nicht schnell genug an die durch die Zeit hervorgerufenen Veränderungen anpasst. Der Kanton Bern soll in der Schweizer Gesetzgebungslandschaft keine Ausnahme bleiben. Die SP Kanton Bern begrüsst den Vorschlag, dass in Art. 21 Abs. 1a neu zweckmässige Kriterien aufgenommen werden, die der Regierungsrat bei der Zuweisung von Aufgaben unter den Direktionen beachten muss. Damit erhält der Regierungsrat gewisse Leitplanken und ist nicht völlig frei, wie er die Aufgaben unter den Direktionen zuweist.

Für die SP Kanton Bern ist es notwendig, dass die Direktionen teilweise angepasst werden. Sie begrüsst die geplante Umstrukturierung und insbesondere die Stärkung der Direktion für öffentliche Wirtschaft durch Hinzufügung der Bereiche Energie, Umweltkoordination und Bodenschutz. In diesem Zusammenhang unterstreichen wir die Relevanz der Koordination von Wirtschaftlichkeit, Energie und Umwelt unter einem Dach. Der Kampf gegen die globale Erwärmung und die Reaktion auf ökologische Fragen müssen Vorrang vor allen anderen Überlegungen haben. Damit kann der Staat mit seiner neu organisierten Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Wirtschaft (wie Cleantech) besser ausgestalten und so einen wichtigen Beitrag zu einem nachhaltigeren Wirtschaftswachstum beitragen. Auch die erweiterten Aufgaben der Direktion für Inneres und Justiz (Geoinformationen sowie Kinder- und Jugendpolitik aus einer Hand) begrüsst die SP Kanton Bern. Es ist für die SP im Übrigen nachvollziehbar, dass der Handlungsbedarf bei der Sicherheitsdirektion, der Finanzdirektion, der Bildungs- und Kulturdirektion weniger gross ist als bei den übrigen Direktionen. Ein totaler Umbau bei allen sieben Direktionen und damit eine Reform, welche weite Teile des Personals betreffen würden, ist nicht nötig und würde zu viele Kräfte in den kommenden Jahren absorbieren. Der tatsächliche Nutzen einer solchen Reform würde den damit verbundenen Kraftaufwand nicht rechtfertigen.

Die SP unterstützt das Ziel, die Namen der Direktionen zu modernisieren. Wir äussern dabei den Wunsch, dass die Direktion für Sicherheit durch den Sportbegriff ergänzt wird. Der Sport, für den der Kanton Bern im März 2018 eine Strategie verabschiedet hat, muss gewürdigt werden und zu den vorrangigen Anliegen des Kantons gehören. Wir schlagen daher vor, die künftige Sicherheitsdirektion als "Direktion für Sicherheit und Sport" zu bezeichnen.

Abschliessend bestehen wir darauf, dass die Reform zu keinem Stellenabbau führt. Stellen, die aufgrund von Aufgabenverschiebungen in eine andere Direktionen verlagert werden, müssen erhalten bleiben. Die Einsparungen in der Verwaltung, die der Grosse Rat im November 2017 beschlossen hat, sollen sich auf keinen Fall auf diese Verwaltungsreform beziehen.

Wir bitten Sie, unsere Vernehmlassungsantwort zu berücksichtigen und danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern
Parti socialiste du canton de Berne



Mirjam Veglio
Co-Präsidentin



Ueli Egger
Co-Präsident



David Stampfli
Geschäftsführender Parteisekretär